

Gegenmacht

Serbisches Parlament in Mitrovica

Von Werner Pirker

In der südserbischen Stadt Mitrovica ist ein Parlament gebildet worden, welches das illegitime Staatsgebilde Kosovo nicht anerkennt und darauf Anspruch erhebt, »die Republik Serbien in der autonomen Provinz Kosovo« zu repräsentieren. Wie Parlamentspräsident Marko Jaksic erklärte, soll die aus 45 Mitgliedern bestehende Nationalversammlung als Gegenkraft zur »Errichtung eines zweiten albanischen Staates auf dem Balkan« in Erscheinung treten. Auch die das eigentliche Machtzentrum in Pristina bildende EU-Rechtsstaatsmission EULEX wird von der Volksvertretung der Kosovo-Serben nicht anerkannt.

Die unter der Vorherrschaft der EU stehende albanische Kosovo-Regierung ist außerstande, sich flächendeckend durchzusetzen. Das auf der Zerstörung der serbischen territorialen Integrität beruhende Abspaltungsprodukt hat seine territoriale Integrität als Provinz bereits eingebüßt.

Am Konstituierungsakt in Mitrovica nahmen der scheidende Kosovo-Minister der Belgrader Regierung, Slobodan Samardzic von der Demokratischen Partei Serbiens (DSS), und Mitglieder der von Slobodan Milosevic gegründeten Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) teil, jedoch keine Vertreter der vom serbischen Präsidenten Boris Tadic geführten Demokratischen Partei (DS).

Wollte man daraus auf die Arbeitsteilung der künftigen Koalitionsregierung aus Rechtsliberalen und Sozialisten schließen, dann hätten die Milosevic-Erben für die patriotische Geste zu sorgen, hinter der sich der von den Liberalen betriebene nationale Ausverkauf vollzieht. Ein Ausverkauf, der seine symbolische Verdichtung in der Auslieferung von Slobodan Milosevic nach Den Haag am Jahrestag der serbischen Tragödie auf dem Amselfeld gefunden hat.

Nun könnten die von Ivica Dacic (irre)geführten Sozialisten anführen, daß sie ihre Regierungsbeteiligung als Auftrag zur Verhinderung einer Politik des Ausverkaufs ansehen. Doch dieses Auftrages hat sich die SPS schon entledigt, als sie mit ihrem Seitenwechsel zu den Kräften des nationalen Nihilismus die Bildung einer Regierung der patriotischen Mehrheit verhinderte. Daß sie statt dessen für eine »proeuropäische« Mehrheit sorgte, ist ein Kniefall vor der antiserbischen Allianz. Die Dacic-Partei tritt für die Unterzeichnung des Kooperations- und Stabilisierungsabkommens mit der EU ein, was auf eine Anerkennung des Brüsseler Diktats über das Kosovo hinausläuft. Wie ihr westfinanzierter Koalitionspartner setzt sie auf eine EU-Mitgliedschaft um fast jeden Preis. Doch noch bevor Serbien in der EU ist, ist die EU als illegale Kosovo-Besatzungsmacht bereits in Serbien.

Die Ausrufung einer serbischen Gegenmacht zum Protektoratsregime auf dem Amselfeld zeigt jedoch, daß die Verhältnisse auf dem Balkan von den Westmächten nicht beliebig beherrschbar sind. Das sollte einer Partei, deren früherer Vorsitzender in Den Haag die Grenzen imperialistischer Siegerjustiz aufgezeigt hatte, doch noch bewußt sein.

junge Welt 30.06.2008